



Nachrichten aus dem Kreisverband Esslingen

Einladung zur Kreismitgliederversammlung

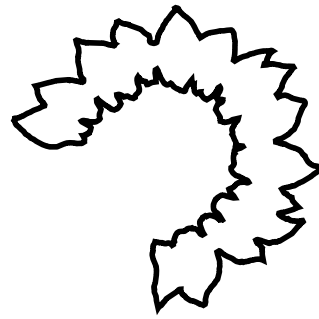
Gasthaus Panorama, Galgenberg 2, Kirchheim
Donnerstag, 14. Juni 2012, 19.30 h

zwischen A8 und Bahnhof; von der Nürtinger Straße nach Südosten in den
Milcherberg, die Panorama- oder Schöllkopfstraße abbiegen, von da in die
Hahnweidstraße (parallel zur Nürtinger Straße), nach Osten in den
Galgenberg vom Bahnhof knapp zehn Minuten zu Fuß

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. „Herausforderung: Konsolidierung des Landeshaushalts“ mit
Andrea Lindlohr MdL und Andreas Schwarz MdL
3. Bericht vom Filderdialog mit Ingrid Grischtschenko
4. Bericht aktueller Stand Bundestagswahl
5. Verschiedenes

Liebe Mitglieder....



vor gut einem Jahr wurde das Unglaubliche wahr: die 58 Jahre währende Herrschaft von CDU und FDP war abgelöst worden und der Koalitionsvertrag zwischen Bündnis90/Die Grünen und der SPD wurde unterzeichnet! Dass es nicht einfach werden würde, das Land zu regieren, war schnell klar: zum einen waren da die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21, zum anderen hatte der scheidende Ministerpräsident Stefan Mappus noch schnell die EnBW in den Staatsbesitz gebracht und somit der grün-roten Landesregierung eigene Atomkraftwerke beschert. Umso interessanter das Ergebnis der ersten Umfrage nach 100 Tagen im Amt, die vom SWR in Auftrag gegeben war.

Demnach hatten die Grünen noch hinzugewonnen im Vergleich zur Landtagswahl und Ministerpräsident Kretschmann genoss mit 62 Prozent großes Ansehen.

Allein die Ankündigung, mit einem Bürgerentscheid über die Zukunft von Stuttgart 21 entscheiden zu wollen, schien den BürgerInnen immens wichtig zu sein.

Es gab Bürgergespräche mit Ministern auf dem Stuttgarter Rathausplatz und überall im Land sind inzwischen runde Tische entstanden. Es wird nicht mehr einfach über die Köpfe der Bürger entschieden, sondern es wird zugehört. Die „Politik des Gehörtwerdens“ ist wahr geworden. Inzwischen hat sich einiges getan, so wurden die Studiengebühren abgeschafft und der Ausbau von Kinderbetreuung vorangetrieben. Außerdem können Schüler an einigen Gymnasien wählen, ob sie nach 13 oder nach zwölf Schuljahren ihr Abitur ablegen wollen. Und es gibt keine verbindliche Grundschulempfehlung mehr.

Dieses und noch einiges mehr hat dazu geführt, dass jetzt, ein Jahr nach Antritt von Grün-Rot das Ansehen der Regierung weiter gestiegen ist. Mit der Arbeit von Ministerpräsident Kretschmann sind 68 Prozent der BürgerInnen zufrieden. Das bedeutet einen Zuwachs von sechs Prozent im Vergleich zur letzten Umfrage. 62 Prozent sind zufrieden mit der Arbeit der Regierung insgesamt und 75 Prozent der BürgerInnen sehen die Entwicklungen im Land positiv.

Damit das so bleibt, und diese Regierung nicht nur eine Ausnahmeerscheinung in der Geschichte Baden-Württembergs bleibt, brauchen wir ein Mitwirken aller Mitglieder. Ein weiteres Ziel: Das Ablösen der schwarz-gelben Regierungskoalition in Berlin 2013. Auf geht's!

Für den Kreisvorstand,
Friederike Hörmann

Neue Wege in der Bildungspolitik

Über mögliche Auswirkungen der neuen grün-roten Bildungspolitik auf den Schulstandort Aichwald diskutierte ich kürzlich in der Ortsbücherei Aichwald mit Bürgermeister Nicolas Fink und Grund- und Hauptschul-Rektor Wolfgang Bihl. Eingeladen hatte der grüne Ortsverband.

Bis 2020 werden die Schülerzahlen in Baden-Württemberg um ca.

21 Prozent einbrechen. Außerdem wollen immer weniger Schüler auf die Hauptschule: Vor 15 Jahren waren das noch 37 Prozent, letztes Jahr noch ohne grün-rote Veränderungen, waren es noch 24 Prozent, und mit dem neuen Elternwahlrecht geht landesweit der Anteil erneut stark zurück. Viele Haupt- und Werkrealschulen suchen daher schon länger nach einer neuen Perspektive.



Bei der Diskussion mit Rektor Wolfgang Bihl in der Ortsbücherei Aichwald - offen gegenüber dem Gedanken der Gemeinschaftsschule.

Bildungsgerechtigkeit

Die neue Möglichkeit längeren gemeinsamen Lernens, die wir als grün-rote Koalition mit den Gemeinschaftsschulen schaffen, ist eine dieser Perspektiven. Pädagogisch eröffnen sich Schülerinnen und Schülern aus sogenannten bildungsfernen Familien bessere Möglichkeiten für eine weiterführende Schullaufbahn. In Baden-Württemberg erreichen Akademikerkinder im Vergleich zu Kindern aus nicht-akademischen Familien laut Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung 6,6 mal häufiger die Hochschulreife. In Deutschland liegt der Faktor bei 4,5. Bei unserer Bildungsgerechtigkeit, die ja zugleich auch ein Maß für zu wenig genutzte Talente unserer Kinder ist, können wir also noch viel erreichen.

Qualifizierte Projektschule

Für die Aichwalder Grund- und Hauptschule zeichnete Rektor Wolfgang Bihl ein positives Bild: Das Angebot der Werkrealschule würde gut angenommen, was die Anmeldezahlen mit 14 Kindern in der neuen fünften Klasse zeigten. Individuelle Förderung und Offenheit für neue Formen des Lernens hätten für die Grund- und Hauptschule schon immer Priorität gehabt, sie habe sich deshalb auch als „Projektschule für kooperatives Lernen“ qualifiziert. Dennoch wolle man sich dem Gedanken einer Gemeinschaftsschule nicht prinzipiell verschließen mit

der Vision, eines Tages einen eigenen Realschul-Abschluss anbieten zu können. Die Furcht, gute Schüler würden durch gemeinsames Lernen mit schwächeren ihre Motivation verlieren, sei wissenschaftlich widerlegt und die Vorzüge längeren Lernens am Wohnort seien nicht zu unterschätzen. Letztlich liege jedoch die Entscheidung bei den Eltern.

Guter Dialog mit Rathaus

Auch Bürgermeister Nicolas Fink sieht die Aichwalder Schule auf einem guten Weg. Die Gemeinde habe in den letzten fünf Jahren 2,5 Millionen € investiert und somit viel zur Standortsicherung beigetragen. Besonders hob er den guten Dialog zwischen Schule, Eltern, Verwaltung und Gemeinderat hervor, der sich nicht auf die regelmäßigen Schulkonferenzen beschränke. Durch Kooperation mit dem Jugendhaus Domino und die Kernzeitbetreuung gebe es schon heute ein gutes Ganztags-Angebot, welches in Zukunft noch ausgebaut werden könne.

Frühkindliche Bildung?

Im Gespräch bewegten die Bürgerinnen und Bürger nicht nur die Fragen der Schulstruktur, sondern auch die frühkindliche Bildung und die Lehrerfortbildung. Danke an die Aichwälder für den schönen bildungspolitischen Abend!

Mehr Mitsprache für StudentInnen

An den Hochschulen Baden-Württembergs wird es wieder eine echte und institutionelle Vertretung der Studierenden geben. Dies haben wir mit dem Gesetzentwurf zur Verfassten Studierendenschaft am 9. Mai im Landtag in Erster Lesung beraten. Die grün-rote Koalition wird den Studierenden an den Hochschulen die Mitsprache bei politi-

schen Themen zurückgeben. Und dafür ist es auch höchste Zeit. Aus Angst vor kritischen Stimmen hat der damalige Ministerpräsident Hans Filbinger 1977 die Studierenden von der Mitsprache ausgeschlossen. Mit dem Gesetz zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, das im Sommer in Kraft treten soll, wird der Sonderweg in Baden-Württemberg endlich

beendet sein. Auch die Mitglieder der Verfassten Studierendenschaft in Esslingen können dann wieder zu hochschulpolitischen und politischen Themen vor den Hochschul-Gremien Stellung nehmen und sich mit Anträgen direkt einbringen.

In dem eigens dafür eingerichteten Internetforum 'wir-wollen-deinen-kopf.de' hatten die Studierenden mit konkreten Vorschlägen am Text des Gesetzentwurfs aktiv mitgewirkt das ist wirklich eine innovative Methode für unsere Politik des Gehörtwerdens.

Andrea Lindlohr MdL



Das neue Landesplanungsgesetz ist verabschiedet!

Windkraft vom Schurwald

Mit dem neuen Landesplanungsgesetz, das wir am 9. Mai im Landtag beschlossen haben, haben wir als grün-rote Koalition die Windkraft-Blockade der alten Landesregierung endgültig beseitigt. Jetzt können die Kommunen Flächen für Windkraft in ihrem Flächennutzungsplan ausweisen und ein windkraftfreundlicher Regionalplan vorgebracht werden.

treten. Ebenfalls am 9. Mai hat das Umweltministerium den neuen Windenergieerlass veröffentlicht, der Fragen wie Abstandsflächen oder Planungsmöglichkeiten in Biosphärengebieten regelt.

Im Bereich Esslingen stehen beim Thema Windkraft bekanntlich markungsübergreifende Flächen auf dem Schurwald im Blickpunkt, auf



Andreas Barnickel / pixelio.de

denen die Kommunen Esslingen, Plochingen, Altbach und Baltmannsweiler einen Windpark planen, an dem auch Reichenbach Interesse hat. Die Windräder sollen in einem transparenten Prozess geplant werden, in den Bürgerinnen und Bürger sich einbringen können. Als grüne Kommunales/-os, Ortsvorstände und MdL vernetzen wir

Die bisherigen Regionalpläne zur Windkraft werden dabei zum 31. Dezember 2012 und nicht wie ursprünglich vorgesehen bereits am 31. August 2012 außer Kraft

uns zur Zeit, um dieses Projekt grün voranzutreiben - mehr dazu an anderer Stelle in diesem Rundbrief!.

Andrea Lindlohr MdL

Direktwahl der Landräte gehört dazu

Grüne und SPD wollen den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung, zum Mitmachen und zum Gestalten des politischen Alltags in den Städten, Gemeinden und Landkreisen geben.

Unser Paket für mehr direkte Demokratie in den Kommunen besteht aus mehreren Teilen:

a) Hierzu gehört, dass die Voraussetzungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vereinfacht werden. Sprich die Quoren sollen reduziert und die Frist für die Einrichtung von Bürgerbegehren verlängert werden. Ebenso gehört dazu, dass der Themenkatalog -

bspw. um die Bauleitplanung - erweitert wird und Bürgerentscheide auch auf Landkreisebene ermöglicht werden.

b) Das Wahlalter für die Kommunalwahlen wollen wir auf 16 Jahre absenken. Ferner soll der Jugendgemeinderat ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat bekommen. Dadurch setzen wir ein klares Signal, dass uns die politische Beteiligung junger Menschen wichtig ist.

c) Und zum Dritten gehört dazu, dass wir die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte auf den Weg bringen.



Eine große Landkreisaufgabe: Krankenhäuser.

In Bundesländern, die die Direktwahl der Landräte vorsehen, nehmen diese eine Doppelrolle als Verwaltungsbehörde des Landkreises, ebenso wie als untere Verwaltungsbehörde des Landes wahr. Das ist so in Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Die Landrätin bzw. der Landrat ist also für die Erledigung der kreiskommunalen Aufgaben zuständig:

- Hier sei das wichtige Feld der Berufsschulen erwähnt. Die Landkreise sind Schulträger und übernehmen eine wichtige Funktion an der Schnittstelle zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen.
- Oder denken wir an die Abfallwirtschaft. Hier erfüllen die Landkreise eine wichtige kreiskommunale Aufgabe.
- Die Liste lässt sich fortführen: Die Landkreise tragen mit der Krankenhausversorgung eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Ebenso sieht es mit der Jugendhilfe aus: gerade an der Schnittstelle Schule/Ausbildung und Beruf hat der Landkreis eine zentrale Aufgabe. Die Eingliederungshilfe, die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Betreuung bei Langzeitarbeitslosigkeit sind ebenfalls wichtige Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

Bedeutende Themen

Weil die Landrätinnen und Landräte als oberste Verwaltungsbeamte und als Leitung in den Kreistags-

sitzungen eine wichtige steuernde Funktion haben und die Beschlüsse des Kreistages vorbereiten und umsetzen, sollten sie entsprechend der Bedeutung dieser Themen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis gewählt werden.

Ganz normal in anderen Ländern

Das mag für Baden-Württemberg neu sein, ist aber in nahezu allen Bundesländern ansonsten gängige Praxis.

Mit der Direktwahl des Landrats können die Bürgerinnen und Bürger direkten Einfluss auf eine wichtige Personalentscheidung in ihrer Region nehmen. Ihre Identifikation mit ihrer Region und den kreiskommunalen Aufgaben gewinnt somit deutlich. Denn: Die Bürgerinnen und Bürger wiederum bekommen ein wesentliches Mitgestaltungsrecht bei der zukünftigen Ausrichtung der Kreispolitik.

Natürlich gibt es im Vorfeld der Wahl des Landrats bzw. der Landrätin eine programmatische Diskussion. Im Einzelfall wird es sogar, wie bei Oberbürgermeisterwahlen üblich, einen Wahlkampf im Landkreis geben. Das ist völlig normal und trägt dazu bei, dass in den Landkreisen eine Debatte über die Erfüllung der kreiskommunalen Aufgaben stattfindet.

Die Bürgerschaft kann dadurch mitbestimmen, welchen Stellenwert die jeweilige kreiskommunale Aufgabe hat und wie sie finanziert wird.

Bis zum Jahresende müssen die Reformen der Gemeindeordnung und die Landkreisordnung mit den dazugehörigen Vorschriften im Kommunalwahlgesetz auf dem Tisch liegen. Im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014 laufen der-

zeit diese Vorbereitungen. Das hat aus zeitlichen Gründen Vorrang. Wenn diese Änderungen erfolgt sind, kommt die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte auf die Tagesordnung.

Andreas Schwarz MdL

Aufgabe des Bundes für den Öffentlichen Personennahverkehr:

Förderprogramme neu regeln

Der Bund muss umgehend die Förderprogramme für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) neu regeln. Daher haben GRÜNE und SPD einen entsprechenden Entschließungsantrag in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Die beiden Fraktionen fordern die Landesregierung auf, sich für eine Nachfolgeregelung für die ÖPNV-Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz und dem GVFG-Bundesprogramm stark zu machen, welche die Finanzierung von S-Bahn- und Stadtbahnausbau sicherstellen. Im Landkreis Esslingen ist eine Nachfolgeregelung für das GVFG-Bundesprogramm insbesondere für die Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen über Neuhausen ins Neckartal und für einen möglichen Ringschluss zwischen Kirchheim unter Teck, Weilheim an der Teck, Bad-Boll und Göppingen notwendig.

Neben dem Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur ist den Regierungs-

fraktionen die Sicherstellung des Schienenpersonennahverkehrs über die vom Bund gewährten Regionalisierungsmittel ein wichtiges Anliegen. Sie müssen über das Jahr 2013 hinaus fortgesetzt und dynamisiert werden. Des Wei-



Andreas Schwarz MdL

teren muss eine bedarfsgerechte Verteilung zwischen den Bundesländern gewährleistet werden. Der ÖPNV in Baden-Württemberg ist leistungsfähig und hochwertig, doch die stetig steigenden Fahr-

gastzahlen zeigen, dass das Land künftig mit enormen Kosten konfrontiert sein wird, die mit der aktuellen Förderpolitik des Bundes nicht zu bewältigen sind. Bund und Länder müssen sich noch vor 2019, wenn die alten Förderprogramme auslaufen, auf eine umfassende Neuregelung verständigen. Ansonsten können keine neuen Projekte begonnen werden, deren Realisierung über das Jahr 2019 hinausgehen würde. Eine Bund-Länder-Kommission muss nun beauftragt werden, Lösungsansätze für die ÖPNV-Finanzierung zu erarbeiten. Nur wenn wir den öffentlichen Verkehr

in Wachstumsregionen wie Baden-Württemberg auch weiterhin stärken, können wir Probleme wie wachsendes Stauaufkommen sowie Lärm- und Feinstaubwerte in Ballungsräumen reduzieren. Auch die ambitionierten Klimaschutzziele im Verkehrssektor erreichen wir nur, wenn öffentliche Verkehrsmittel noch attraktiver und leistungsfähiger werden. Hierfür ist eine verlässliche Finanzierung dringend notwendig.

Andreas Schwarz MdL
Vorsitzender des Arbeitskreises
Verkehr und Infrastruktur der
GRÜNEN im Landtag

Grünes Kommunalotreffen: Verkehrs- und Energiewende

Vor Ort vorantreiben

Auf Einladung der Kreistagsgrünen trafen sich grüne Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus dem Kreis Esslingen im Naturschutzzentrum Plochingen. Informiert und diskutiert wurde über aktuelle Verkehrs- und Energiethemata. Gekommen waren rund 25 Mitglieder aus Gemeinderäten und dem Kreistag. Marianne Erdrich-Sommer aus Wendlingen, Fraktionsvorsitzende Kreistag, verwies in ihrer Begrüßung darauf, dass die enge Verknüpfung von Kreis- und Gemeindepolitik bei den Grünen eine lange Tradition hat.

Andreas Schwarz, Kreisrat und Landtagsabgeordneter aus Kirchheim, stellte neue Verkehrsdaten aus dem Landkreis vor. Demnach stagniert der motorisierte Verkehr auf zahlreichen Straßen. Aus Klimaschutzgründen sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich, um den öffentlichen Nahverkehr weiter zu stärken. Schließlich verursacht der Verkehr immer noch mindestens ein Viertel aller CO₂-Emissionen. Zentral im Kreis Esslingen ist hierfür beispielsweise die Verlängerung der S-Bahn nach Sielmingen und Neuhausen und möglichst auch darüber hinaus.

Die Stadt- und Regionalrätin Ingrid Grischtschenko plädierte für einen „Nahverkehr aus einem Guss“. Die Verantwortlichkeit sollte bei der Region gebündelt werden. Diese ist gerade dabei, den Betrieb der S-Bahnen an Wochenenden auf die Nachtstunden auszuweiten. Der Landkreis hat nun die Aufgabe, Nachtbussysteme ab den Endhaltestellen zu entwickeln.

Filderdialog

Als „große und schwierige Baustelle“ bezeichnete Matthias Gastel, Filderstädter Stadt- und Kreisrat, die Umsetzung von Stuttgart 21 auf den Fildern. Demnächst startet hierzu - nach erheb-

lichen organisatorischen Mängeln im zweiten Anlauf - der Filder-Dialog, ein dem Planfeststellungsverfahren vorgeschalteter Beteiligungsprozess. Für die Grünen gilt es sowohl Verbesserungen in Form neuer Schienenverbindungen durchzusetzen als auch Verschlechterungen für die S-Bahn durch den geplanten Mischverkehr mit Fernverkehrszügen zu vermeiden.

Neubaustrecke

Der Wendlinger Stadtrat Hermann Sommer informierte über den Stand der Maßnahmen an der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Nach wie vor bestehen erhebliche



Mehr Schienen braucht die Region

olga meier-sander / pixelio.de

Zweifel, ob je Güterzüge über die Neubaustrecke fahren werden. Die Ergebnisse aus dem Stress-test haben keine weitere Maßnahmen nach sich gezogen. Sowohl die Wendlinger Kurve als auch die Güterzugeinschleifung sind einleisig geplant.

Ausbau der Windenergie

In das zweite große Thema, die Energiepolitik, führte Matthias Weigert ein. Der Gemeinde- und Kreisrat aus Reichenbach erläuterte die neue Rechtslage auf Landesebene. Damit soll der massive Ausbau der Windenergie im Land ermöglicht werden, da dieses hier einen erheblichen Nachholbedarf hat. In zehn Jahren soll Baden-Württemberg einen Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung haben, wie ihn Rheinland-Pfalz bereits heute hat.

Der Esslinger Stadt- und Kreisrat Jürgen Menzel zeigte die Bereiche auf, die innerhalb des Landkreises

für den Ausbau der Windenergie interessant sind. Dies sind der Schurwald sowie die Schwäbische Alb. Als ein Vorteil dezentraler Stromerzeugung nannte er die regionale Wertschöpfung.

An den Ausbauplänen für die Windenergie entwickelte sich eine Diskussion unter den grünen Mandatsträgerinnen und -trägern über mögliche Konflikte mit dem Naturschutz, insbesondere dem Vogelschutz. Einig waren sich daher alle, dass die Standorte sorgfältig auszuwählen sind, Vogelzuglinien beachtet werden müssen und Windparks mit mehreren Anlagen besser sind als verstreute Einzelanlagen. Eine Bündelung beeinträchtigt auch das Landschaftsbild weniger. Denn schließlich, so das Fazit der Tagung, ist für das Gelingen der Energiewende eine größtmögliche gesellschaftliche Akzeptanz erforderlich.

Matthias Gastel,
Kreisrat aus Filderstadt

In aller Kürze:

Beim **OV Nürtingen** wurde nach Jahren der kommissarischen Leitung wieder ein Ortsvorstand gewählt; er besteht aus Jochen Braummüller und Klaus Hauber, Ortsschatzmeister ist Alfred Dürr.

eMail: ov@gruene-nuertingen.de; Web: www.gruene-nuertingen.de

Impressum: GrünES - Mitgliederrundbrief

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Esslingen, Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen, Tel: 07022/35851, Fax: 07022/931509, mail@gruene-es.de; www.gruene-es.de

Ausgabe: 3, 2012; Auflage: 430

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Der Rundbrief wird an Haushalte mit mehreren Mitgliedern nur einmal verschickt, nur auf ausdrücklichen Wunsch auch mehrfach, und ist auch als Download auf unserer Homepage einzusehen.

Kreisbüro Öffnungszeiten: Mo, Di, Do: 9.00 bis 12.00 Uhr, Di: 13.00 bis 15.00 Uhr

Schöpferische Zerstörer

Es gibt nicht viele Debatten, in denen es um größere Herausforderungen geht: Was kann Wachstum zum Wohlstand noch leisten, wenn das "ökonomische Mehr" zugleich immer stärker Umwelt, Klima und Gerechtigkeit bedroht?

In dieser Kontroverse nimmt die Idee einer Postwachstums-Ökonomie breiten Raum ein – einer Wirtschaftsweise, die nicht mehr alternativlos eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes anstrebt und von der Fiktion ablässt, Wirtschaftswachstum könne von seinen ökologischen Folgen entkoppelt werden. Wirklich erfolgreich kann dieser Ansatz aber erst werden, wenn seine Anhänger einen entscheidenden blinden Fleck überwinden.

Die meisten Verfechter einer Postwachstums-Ökonomie blenden Fragen der Betriebswirtschaft nahezu komplett aus. Allenfalls der kleine Sektor der Sozialbetriebe wird nicht als Teil des Problems gesehen – jede andere unternehmerische Tätigkeit gilt als dem Kapitalismus eigene, maßlose Ausbeutung von Ressourcen.
André Reichel

Die Akzeptanz des Ansatzes unter Wissenschaftlern und vor allem in der wirtschaftlichen Praxis selbst kann nur steigen, wenn auf die

dort herrschenden, zentralen Ideen positiv Bezug genommen wird: die Unternehmer und das Unternehmertum.

Allein auf der Basis einer kleinteilig organisierten Ökonomie mit wenig kapitalstarken Firmen, Sozialunternehmen und Genossenschaften wird man weder ökonomisch noch ökologisch effizient eine hochtechnologische Gesellschaft wie die unsrige "am Leben" halten können. Auch in einer Postwachstums-Ökonomie wird es ohne globale Produktionsnetzwerke und Logistikketten nicht gehen. Sicher: Es wird vermutlich weniger davon geben. Aber nötig bleiben kapitalstarke Unternehmen einer gewissen Größenordnung trotzdem. Das ist nicht nur eine Frage der empirischen Erfahrung, sondern auch eine der Strategie.

Noch nirgends konnte ein solch gravierendes Umbauprojekt über einen Top-down-Ansatz sein Ziel erreichen – und schon gar nicht den Erfolg dauerhaft sichern. Die Welt ist zu komplex für allein von oben verordnete Veränderungen, Forderungen, die immer gleich auf die Ebene des "Systems" zielen, dieser ominösen Grundstruktur von allem, sind hoch riskant.

Es war John Stuart Mill, der vielleicht letzte wirklich umfassend

ausgebildete Sozialökonom, der schon im 19. Jahrhundert die Fähigkeit von Gesellschaften, sich zu entwickeln, vor allem in der Bereitschaft gewährleistet sah, vielfältige, lokal begrenzte soziale Experimente zuzulassen. Ein solcher "verteilter Ansatz" ist fehlerfreundlicher als ein "systemischer", man lernt die nächsten Schritte gewissermaßen beim Gehen – und muss nicht erst einmal alles abreißen, bevor man startet.

Unternehmer statt Manager

Für eine Erneuerung der Debatte um die Postwachstums-Ökonomie sollte eine erweiterte Strategie "von unten" verfolgt werden. In dieser müssten ausdrücklich auch "normale" kapitalistische Unternehmen und, mehr noch, deren Unternehmer einbezogen werden. Über sie würde sich auch die Betriebswirtschaft als Wissenschaftsdisziplin stärker an der Debatte über eine bessere Welt nach dem Wachstumszwang beteiligen. Gleichzeitig setzt damit eine Postwachstums-Ökonomie das Bild des Unternehmers gegen das des Managers – langfristiger Aufbau von Werten gegen kurzfristige Optimierung des Bestehenden bei größtmöglichem Gewinn. Und vor allem würde die Zukunft in der Praxis schon einmal beginnen können.

Es gibt im Grunde kein Unternehmen, das die Idee des Postwachstums nicht auch in den Kern

seines Geschäftsmodells integrieren könnte. Die Frage ist natürlich immer: zu welchem "Preis" geschieht das, wie wirkt es sich auf Kosten und Wertschöpfung aus, wie auf die Beschäftigten.

In einer Untersuchung zu den ökologischen Auswirkungen verschiedener Geschäftsmodelle in der Automobilindustrie konnten meine Kollegin Barbara Seeberg und ich zeigen, wie sich der ökologische Fußabdruck und die Wertschöpfung verändern. Die Ergebnisse geben dabei Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Ein Umschwenken auf einen Mix aus klassischem Autoverkauf und Carsharing führt, über den Rückgang der Verkaufs- und Bestandszahlen sowie technischen Fortschritt bei den Fahrzeugen, zu einer Minderung der Umweltbelastung. Gleichzeitig kann durch den Ausbau des Servicegeschäfts um Carsharing-Fahrzeuge ein Preisaufschlag erfolgen. Ein grüner Erfolg, der betriebswirtschaftlich mehr als verkraftbar war. Die Kombination von klassischer Autoproduktion, neuen Mobilitätsdienstleistungen und den mit diesen einhergehenden Serviceangeboten ließen die Wertschöpfung nur geringfügig schrumpfen – im einstelligen Prozentbereich.

Es geht nicht nur um Gewinn

Ein Postwachstums-Kapitalismus ist machbar, er erfordert aber gewaltige Transformationen in



André ist promovierter Betriebswirt und Sozialwissenschaftler, zurzeit Research Fellow am European Center for Sustainability Research der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

den heute vorherrschenden Geschäfts- und damit auch in den Denkmodellen von Unternehmen und Unternehmern. Sie sind das zentrale Element dieses Wandels, sie versorgen ihn mit Ideen und Innovationen. Der österreichisch-ungarische Ökonom Joseph Schumpeter hat einmal von "schöpferischer Zerstörung" gesprochen, ohne die alte Struktu-

ren nicht erfolgreich durch neue verdrängt werden können.

Einen Unternehmer treibt nicht die Aussicht auf Gewinn allein an, obschon es ohne Gewinn nicht gehen wird. Ein Unternehmer ist begeistert von seiner Idee, die zum Gewinn führen kann; am Neuen, das noch keiner versucht hat, er strebt nach Erfolg, pflegt Freude und Leidenschaft am Risiko und verfolgt einen unbedingten Glauben an die eigenen Fähigkeiten. Ohne all das kann der Wandel hin zu einer Postwachstums-Gesellschaft nicht gelingen. Mehr noch: Wir können uns nicht einmal eine richtige Vorstellung von ihr machen, gebe es nicht Unternehmer, die mit neuen Produkten und Technologien, neuen Geschäftsmodellen und sozialen Innovationen das Grundgerüst einer veränderten Gesellschaft schaffen.

Wie würde die Welt aussehen, wenn Steve Jobs von der Idee des Postwachstums als einem Geschäftsmodell besessen gewesen wäre? Wir wären auf dem Weg dorthin schon deutlich weiter.

Kommentar von Regionalrat und KV-Mitglied André Reichel, wie er auch in der taz erschienen ist;

Nominierung für Bundestagswahl - Kandidatur und Termine

Im September wird nächstes Jahr der Bundestag neu gewählt. Mit welchen KandidatInnen der KV Esslingen in beiden Wahlkreisen ins Rennen gehen wird, entscheiden die Mitglieder auf zwei Nominierungsversammlungen:

Wahlkreis Nürtingen
Mittwoch, 18. Juli 2012, 20 h

Wahlkreis Esslingen
Donnerstag, 19. Juli 2012, 20 h

Schon im Vorfeld hatten mögliche

KandidatInnen im Rahmen von je zwei parteiinternen Lokalkonferenzen Gelegenheit, sich den Mitgliedern vorzustellen.

Die nächste Ausgabe des Kreisrundbriefs Anfang Juli dient auch diesem Thema:

Schriftliche Bewerbungen um die Nominierung können bis 20. Juni beim Kreisbüro *mail@gruene-es.de* abgegeben werden. Eine spontane Kandidatur ist aber auch bei der Versammlung direkt möglic.

Terminkalender

Mi	13. Juni	Bürgersprechstunde Andrea Lindlohr MdL, Wahlkreisbüro, Bahnhofstr. 31, 73728 Esslingen, 18 h
Mi	13. Juni	Andreas Schwarz berichtet aus dem Landtag, grünes Büro, Postplatz 7, Kirchheim unter Teck, 19 h
Do	14. Juni	KMV im Gasthaus Panorama, Galgenberg 2, Kirchheim, 19.30 h
Sa	23. Juni	Landesausschuss in Heilbronn
Sa	7. Juli	GAR-Seminar zur frühkindlichen Bildung; Turmforum im Hauptbahnhof Stuttgart von 10.15 bis 13.30 h
Mo	9. Juli	Bürgersprechtage von Andreas Schwarz, grünes Büro, Postplatz 7, Kirchheim unter Teck, 8 bis 18 h
Do	12. Juli	Esslinger Dialog mit Andrea Lindlohr MdL: Wie weiter mit dem Euro? Mit Gerhard Schick MdB u.a., Ort folgt, voraussichtlich 19.30h
Mi	18. Juli	Nominierungsversammlung WK Nürtingen
Do	19. Juli	Nominierungsversammlung WK Esslingen
Do	27. Sep	KMV
WE	30. Nov.	LDK in Böblingen
WE	26. April 13	BDK